

Strasser, Brüning und die Gewerkschaftsführer

Wie die faschistische Zwangsarbeit vorbereitet wird

Die Nationalsozialisten machen die größten Anstrengungen, in die Arbeiterklasse einzudringen. Ihre ganze Taktik der letzten Zeit und besonders nach den Wahlen ist darauf eingestellt. In dieser Hinsicht ist die Rede des Nazi-Abgeordneten Strasser im Reichstag von besonderem Interesse. Diese Rede ist allgemein als ein Versuch der Annäherung der Nazis an das Zentrum gedeutet worden. Die bürgerliche Presse hebt ohne Ausnahme den „ruhigen“ Ton der Rede hervor und eine bürgerliche Zeitung schreibt, daß Strasser „maßvoll, verantwortungsbewußt wie ein kommender Minister“ gesprochen habe. Zweifellos ist die Sehnsucht der Nationalsozialisten nach Ministerposten unabwägbar, und diese Sehnsucht hat Strasser den „maßvollen“ Ton diktiert.

Aber die nationalsozialistischen Führer wissen auch — und es wissen vor allem ihre Auftraggeber, die Kapitalisten —, daß eine Koalitionregierung mit Nationalsozialisten, die ein Schritt weiter auf dem Wege zur Durchföhrung der faschistischen Diktatur ist, auf den erbittertesten Widerstand der Arbeiter folgen wird. Deshalb unternahm Strasser in seiner Rede zugleich den Versuch, den zu erwartenden Widerstand der Arbeiter zu brechen, indem er sich „arbeiterfreundlich“ gebärdete und die Uebereinstimmung der Nationalsozialisten mit den reformistischen Gewerkschaften in verschiedenen Punkten feststellte. Er lobte den „Krisenkongreß“ des A.D.G.B., der einen „vernünftigen Standpunkt eingenommen“ habe und erklärte:

„Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem, im Organ der „freien Gewerkschaften“ von Weizsäcker dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, dieses schwerkapitalistische Blatt, das von der Subventionierung durch die Reichsbahndirektion lebt und das die Nazi-Partei in jeder Beziehung unterstützt und klammert, ihre Einbeziehung in die Regierung fordert, stellt ohne sonderliche Aufregung fest, daß Strasser „gewerkschaftliche Gedankengänge in den Vordergrund“ gestellt habe. Die D.M.Z. weiß die soziale Demagogie der Nationalsozialisten zu würdigen. Der Zweck heiligt die Mittel.

Daß es den Nationalsozialisten möglich ist, eine solche Demagogie anzuwenden und ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ in den Vordergrund zu stellen, ist die Folge der Politik der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften. In der Tat ist der Hauptinhalt der Tätigkeit der SPD und der reformistischen Gewerkschaften die Erhaltung des kapitalistischen Systems. Da dies auch die Aufgabe der Nationalsozialisten ist, ergibt sich in der Politik der SPD und der reformistischen Gewerkschaften einerseits und der Nationalsozialisten andererseits Uebereinstimmung in verschiedenen Fragen, so auch in dem Arbeitsbeschaffungsplan der reformistischen Gewerkschaften. Denn dieser Arbeitsbeschaffungsplan enthält in der Tat eine Reihe von Forderungen, die die Nationalsozialisten bisher vertreten haben, einschließlich der Inflationspolitik.

Der Reichstagsler Brüning, der nur dank der sozialdemokratischen Tolerierung seinen Notverordnungssturz durchzuführen kann, erklärte in seiner gestrigen Reichstagsrede sich ausdrücklich mit einem wesentlichen Teil der Strasser'schen Vorschläge einverstanden. Nazis, Regierung und Gewerkschaftsführer haben keinerlei prinzipielle Gegenläge. Die Rede Strassers und ihr Widerhall zeigt einerseits den Naziwählern, wie sehr die NSDAP mit dem herrschenden „System“ politische verknüpft ist, andererseits den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der arbeitserfreundlichen faschistischen Arbeitsdienstpflicht in die Hände arbeiten.

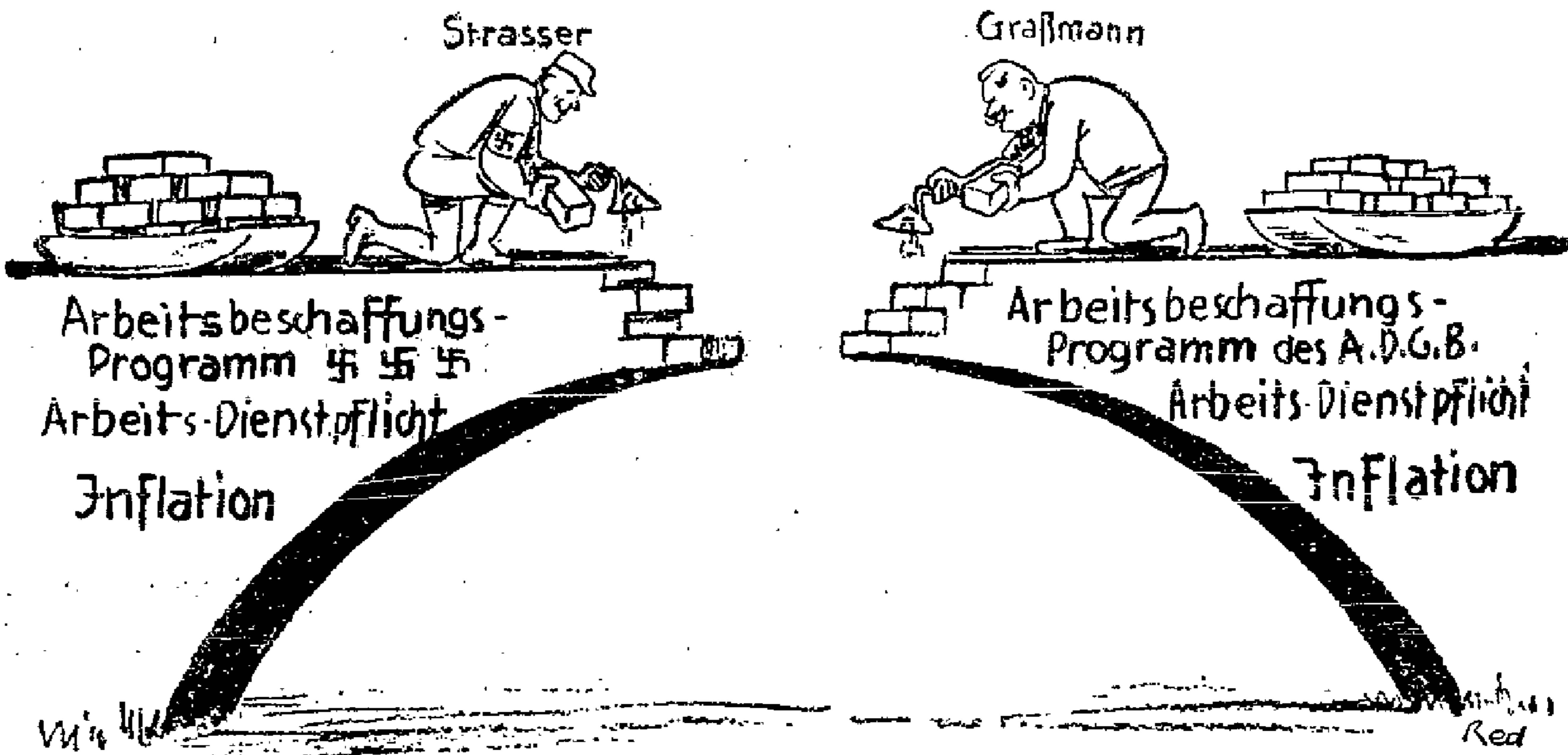
Die reformistischen Gewerkschaften und die SPD. erweisen sich durch ihre Politik als die Schrittmacher und Wegbereiter des Hitlerfaschismus. Diese Tatsache findet u. a. auch ihren Ausdruck in dem Ueberlaufen sozialdemokratischer Staats- und Gemeindebeamten zu den Nationalsozialisten. Das Blatt der Sendewitze, die „SWZ“, sieht in Strassers Rede den Versuch, die reformistischen Gewerkschaften von der SPD zu trennen und verweist wärend auf das Beispiel Italien, wo dies dem Faschismus gelungen sei. In der Tat sind in Italien eine ganze Garnitur der reformistischen Gewerkschaftsführer in das Lager des Faschismus hinübergergewechselt, nachdem sie, ähnlich wie in Deutschland, dem Faschismus den Weg bereitet hatten. Die Seydewitz-Rosenfeld erweisen sich aber auch in diesem Falle als linke Filiale der Sozialdemokratie, indem sie die Behauptung aufstellen, daß das italienische Beispiel in Deutschland unmöglich sei. Sie halten damit die betrügerische Behauptung aufrecht, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer grundsätzliche Gegner des Faschismus und Vertreter der Arbeiter seien.

Die Nationalsozialisten könnten niemals eine solche soziale Demagogie, wie sie Strasser betrieben hat, entfalten, wenn die reformistischen Gewerkschaften in der Tat sich für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen und die in den Gewerkschaften organisierte Kraft der Arbeiter anwenden würden, um den Raub der Gewerkschaftenunterstützung, und den Lohnabbau zu verhindern. Wenn die Klassenfronten von den reformistischen Gewerkschaften har aufgerissen und nicht vernebelt und verwischt würden, könnten sich die Nationalsozialisten nicht als „Freunde der Arbeiter“ aufspielen, sondern müßten scharf und klar als faschistische Streikbrechergarde auftreten.

Heute steht die Klassenbewußte Arbeiterschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vor der Aufgabe, das weitere Eindringen der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse, die Verwechslung größerer Teile der Arbeiter durch die faschistische Ideologie zu verhindern und gleichzeitig den Einfluß der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer in der Arbeiterschaft zu brechen.

Zu diesem Zwecke muß in den Betrieben und an den Stempelstellen, in öffentlichen Versammlungen eine ideologische Offensive gegen den Hitlerfaschismus auf breiter Grundlage entfaltet werden. Man muß die Nationalsozialisten als Stützen der Kapitalisdiktatur entlarven, ihre Methode des Betruges und Terrors anprangern. Der wirkungsvollste Schutz jedoch gegen das weitere Eindringen der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse ist die Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampfe gegen den Lohnabbau und gegen den Raub der sozialen Unterstützungen, die Entfaltung der Klassenkraft des Proletariats im Kampfe gegen die Bourgeoisie.

So wird die Brücke geschlagen



Nazi-Strasser im Reichstag: „Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind.“

Pflichtarbeiter im Streik

Erfolgreicher Kampf der Heidelberger Notstandsarbeiter

In zahlreichen Orten und Städten sind die Pflicht- und Notstandsarbeiter in einheitlicher Front in den Streik getreten. Die Kampfziele der Streikenden sind fast überall: Auszahlung des vollen Tariflohnes und Belieferung von Kleidern und Schuhen für die oft schwere Arbeit. Im Kampf der Pflichtarbeiter wird überall die rote Einheitsfront der Tat verwirklicht.

Die Heidelberger Notstandsarbeiter traten am 7. Mai in den Streik, da die Stadtverwaltung einen Lohnabbau durchführte. Unter dem Druck der Streikenden mußte der Lohnabbau rückgängig gemacht und der Differenzbetrag nachgezahlt werden.

Auch in Langenselbold in Hessen und in Baugen haben die Pflichtarbeiter die Arbeit niedergelegt. In beiden Orten wurden Kampfausschüsse gewählt. Der Kampf wird in einheitlicher Front durchgeführt.

In Wasing in Bayern sollten die Erwerbslosen für einen Stundenlohn von 20 Pfennig Pflichtarbeit leisten. Die Pflichtarbeiter weigerten sich und stellten ein gemeinsames Kampfprogramm für tarifmäßige Entlohnung usw. auf.

Bantrotte Gemeinde zahlt keine Unterstützung

„Nicht die Polizei, nur Geld kann helfen“

Kassel, 11. Mai. (Eig. Bericht.) Nachdem es in Oberkaufungen, Bezirk Kassel, bereits am Sonnabend wegen Nichtauszahlung der Wohlfahrtsunterstützung zu Hungerdemonstrationen gekommen war, durchzogen die Erwerbslosen heute vormittag das Dorf im Demonstrationzug, um das Rathaus zu besetzen und die Auszahlung der Unterstützung zu verlangen.

Der Bürgermeister rief die Regierung an, um Geld anzufordern. Die Regierung erklärte, daß sie kein Geld habe und fragte zurück, ob sie Polizei einlegen solle, worauf der Bürgermeister erwiderte, nur Geld könne etwas nützen. Die auswärtige Gendarmerie ist in Oberkaufungen zusammengezogen. Der erst kürzlich eingewählte kommunistische Bürgermeister erklärt, daß er jede Verantwortung ablehne, da die Gemeinde bantrott sei.

Gorgulows Umtriebe in Berlin

Sein Komplize Jakowlew wird vom Polizeipräsidenten auf freien Fuß gesetzt

Gestern hat das Berliner Polizeipräsidentium auf Veranlassung der Pariser Kriminalpolizei einen Komplizen des Mörders des französischen Präsidenten Doumer, den weißgardistischen Emigranten Valentin Jakowlew, zur Vernehmung vorgeladen. Jakowlew ist Redakteur einer gleichzeitig in Paris und Berlin erscheinenden antibolschewistischen Emigrantenzeitung, „Die Sturmglode“.

In seiner Vernehmung gab er an, Führer einer gegen die Sowjetunion gerichteten russischen Bauernpartei zu sein. Mit Gorgulow ist Jakowlew mehrmals in Paris und Berlin zusammengekommen. Jakowlew habe versucht, Gorgulow und dessen weißgardistischen Gesinnungsgenossen zu seiner antibolschewistischen Bauernpartei hinüberzuführen. Schließlich ist es aber zwischen diesen beiden Weißgardisten zu unvereinlichen Auseinandersetzungen gekommen, da Gorgulow im Namen Jakowlews betrügerische Buchbestellungen aufgegeben habe.

Natürlich wird sich Jakowlew hüten, das Geheimnis über seine wahren politischen Verbindungen mit Gorgulow vor der Polizei preiszugeben. Dennoch ergibt sich sogar aus den dürftigen Aussagen Jakowlews, daß die weißgardistischen Umtriebe Gorgulows auch nach Berlin reichen und daß gerade Deutschland eine direkte Zufluchtsstätte für alle möglichen antibolschewistischen Verbrecher darstellt. Zur selben Zeit, wo eine kommunistische Zeitung nach der anderen verboten wird, erscheinen in SPD-Preußen vor den Augen des Herrn Erzkesinist ungehindert antibolschewistische, weißgardistische Emigrantenzeitungen. Die Vertreter der Sowjetunion werden in Deutschland verfolgt; die wütendsten Antisowjetiker und Kriegsschürer dagegen genießen staatlichen Schutz.

Für die Arbeiterschaft muß der Fall Gorgulow-Jakowlew ein Warnsignal bedeuten: höchste Wachsamkeit gegenüber dem weißgardistischen Gefindel, größte Kampfbereitschaft für die Verteidigung der Sowjetunion!

Hungerdemonstrationen in Sachsen

Chemnitz, 11. Mai. Die Herabsetzung der Wohlfahrtsätze hat bei allen Wohlfahrtsarbeitern in Sachsen die größte Empörung ausgelöst. Ueberall demonstrierten die Erwerbslosen vor den Rathäusern, wobei es mehrfach zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Zu Kundgebungen der Erwerbslosen und gemeinsamen Demonstrationen kam es in Eibenstock, wo an der Demonstration kommunistische, sozialdemokratische, Nazi- und Stahlhelmarbeiter teilnahmen. In Wittichenbrand besetzten die Erwerbslosen eine Zeitlang das Rathaus und wurden dann von der Polizei vertrieben. In Siegmarschloffen besetzten die Erwerbslosen den Bürgermeister in sein Amtszimmer ein. Auch in Mittweida, Limbach und Hohenstein-Ernstthal kam es zu Erwerbslojendemonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei.

12 000 am Grab des erschossenen Chemnitzer Erwerbslosen

Chemnitz, 11. Mai. Heute Nachmittag fand die Beerdigung des von der Polizei erschossenen Genossen Karl Müller statt. Der Chemnitzer Polizeipräsident hatte eine Demonstration verboten und zahlreiche Polizeikräfte aus dem ganzen Lande zur Verhinderung jedes Aufmarsches herangezogen. Auf dem Friedhof fanden sich aber über 12 000 Chemnitzer Arbeiter ein, darunter außerordentlich zahlreiche Delegationen von Betrieben und Wohlfahrtsempfängern.

Bier Baustellen der städtischen Fürsorgearbeiter führten heute einen Proteststreik anlässlich der Beerdigung durch. An der Baustelle Georgsbrücke schlossen sich die Bauarbeiter einer Privatfirma dem Streik an.

Nach der wichtigen Kundgebung auf dem Friedhof bildeten sich in zahlreichen Arbeitervierteln erneut Demonstrationzüge, gegen die die Polizei mit dem Gummiknüppel vorging.

Zwei Belegschaften von Metallbetrieben nahmen Protestresolutionen gegen das Verbot des „Kämpfers“ an und verlangten die sofortige Aufhebung des Verbots.

Denkt an die 8000!

Heute Solidaritätstag der Roten Hilfe und aller proletarischen Massenorganisationen und der Parteizellen für die Opfer des Faschismus und die Frauen und Kinder der proletarischen politischen Gefangenen.